



DESI – Institut für
Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration

Abschlussbericht zur Evaluation des Projekts

**Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie,
Gleichwertigkeit und Pluralismus (RAA Berlin)**

Dr. Frank Gesemann

Berlin, April 2012

Dr. Frank Gesemann

Büro M & S – Migration und Stadtentwicklung /
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Schwalbacher Str. 2
12161 Berlin

Tel.: 030 / 623 57 89

E-Mail: Frank.Gesemann@t-online.de

<http://www.desi-sozialforschung-berlin.de>

Inhalt

1.	Auftrag, Selbstverständnis und Methodik der Evaluation	4
2.	Projekt und Projektträger	5
3.	Rechtsextremismus und andere Formen der Diskriminierung in Berlin	6
4.	Konzeption und Profil des Projekts	7
5.	Ziele, Zielgruppen und Arbeitsschwerpunkte des Projekts	8
6.	Ergebnisse und Leistungen des Projekts	9
6.1	Angebote der politischen Bildung	9
6.2	Unterstützung von Schülervertretungen	11
6.3	Kooperation mit Modelleinrichtungen	11
6.4	Audit für Wertschätzung und Beteiligung	12
7.	Bedarfe und Perspektiven von Oberstufenzentren und beruflichen Schulen	13
8.	Kooperation und Vernetzung in der Präventionsarbeit	15
8.1	Kooperationspartner im Netzwerk „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ ...	17
9.	Öffentliche Sichtbarkeit der Projektarbeit	18
10.	Gesamteinschätzung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Projekts	19
	Literatur	21

1. Auftrag, Selbstverständnis und Methodik der Evaluation

Der vorliegende Abschlussbericht fasst die zentralen Ergebnisse der Evaluation des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit Pluralismus“ in stark verdichteter Form zusammen. Die wissenschaftliche Begleitung während der dreijährigen Laufzeit des Projekts (2009 bis 2012) sollte Erkenntnisse zu Wirkungen und Hinweise auf Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Im Vordergrund standen hierbei insbesondere die folgenden Fragen:

- Bewertung von Projektprozess und -entwicklung;
- Bewertung der Fortbildungsangebote für die Multiplikatoren;
- Bewertung der Angebote für Schüler/innen und Auszubildende;
- Verankerung des Projekts in den Modelleinrichtungen;
- Grad der Zielerreichung in den Modelleinrichtungen;
- Bedarf aus Sicht der Projektträger und der berufsbildenden Einrichtungen.

Die wissenschaftliche Begutachtung des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit Pluralismus“ war als unterstützende Evaluation konzipiert, die den Prozess der Projektentwicklung begleiten sollte. Die Evaluation sollte insbesondere einen Beitrag zur Präzisierung von Zielen, Indikatoren und Ergebnissen leisten und die projektinterne Reflexion über Ziele und Wirkungen des eigenen Handelns fördern. Eine begleitende Evaluation hat grundsätzlich einen partizipativen und kommunikationsfördernden Charakter. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Beschreibung und Bewertung der Projektpraxis, sondern geht darüber hinaus, da nachhaltige Qualitätssicherung und -entwicklung – zumal wenn es um Demokratieförderung und Zivilität geht – nur im kontinuierlichen Dialog mit den Praktikerinnen und Praktikern möglich ist.¹

Im Rahmen der Evaluation wurde eine Vorgehensweise gewählt, die eine schriftliche Befragung von berufsbildenden Einrichtungen und die Befragung ausgewählter Schüler/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen und Dozent/innen mit der Teilnahme an Projekttagen und Seminaren verknüpfte. Die ursprüngliche Planung, die Evaluation im Rahmen der Jahrestagungen durchzuführen und diese sowohl für die Präsentation von Teilergebnissen als auch für die Gewinnung zusätzlicher Erkenntnisse zu nutzen, konnte aus verschiedenen Gründen nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Konzept und Vorgehen der Evaluation wurden während der gesamten Laufzeit des Projekts mit den Mitarbeiter/innen diskutiert und weiterentwickelt. Erste Ergebnisse der Evaluation wurden im Februar 2011 in der Steuerungsgruppe des Projekts präsentiert und diskutiert.

Die Auflage von Sonderprogrammen zur Förderung der pädagogischen und präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus² geht einher mit zunehmenden Forderungen nach einer systematischen Überprüfung und Bewertung der in diesem Rahmen geleisteten Arbeit. Inzwischen liegt eine Vielzahl von Berichten zu den Evaluationen von Bundes- und Länderprogrammen sowie einzelnen Projekten vor. Allerdings fehlt es nach wie vor an vergleichenden Darstellungen zu unterschiedlichen Ansätzen, Methoden und Ergebnissen.³ Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit wurde in den Jahren 2009 bis 2012 im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ gefördert. Das Programm verfolgt das Ziel, Demokratiebewusstsein und

¹ Vgl. Ulrich/Wenzel 2003.

² Siehe z.B. die Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und das Programm XENOS.

³ Zu den wenigen Ausnahmen gehören insbesondere die von Lynen von Berg/Roth (2003) und Glaser/Schuster (2007) herausgegebenen Bände.

Toleranz zu stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen. Im Vordergrund stehen dabei präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.⁴ In der 1. Förderrunde des Programms (XENOS I) wurden den Projekten erstmals, wenn auch eher bescheidene, Mittel zur Finanzierung einer externen Evaluation zur Verfügung gestellt. Ein Austausch mit den Evaluatoren des Programms war allerdings zu keinem Zeitpunkt vorgesehen.⁵

2. Projekt und Projektträger

Das XENOS-Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ (Laufzeit: Mai 2009 bis April 2012) knüpft an das Projekt „Rechtsextremismusprävention an Berliner Oberstufenzentren“ an, das zunächst über Mittel des Landes Berlin (November 2005 bis Juli 2007) und dann über das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Juli 2007 bis Juni 2009) gefördert wurde. Beide Projekte haben in den Jahren 2007 bis 2012 eine Kofinanzierung aus Mitteln des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats (Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus) und der Landeszentrale für politische Bildung erhalten.

Träger des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ ist die RAA Berlin – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratien (RAA), ein gemeinnütziger Verein, der seine Arbeit durch öffentliche Mittel und über Stiftungen finanziert. Zu den Schwerpunkten der RAA Berlin gehören die Arbeitsfelder Bildung, Integration und Demokratie, in denen sie sich vor allem durch die Entwicklung eigener Modellprojekte, die Aus- und Fortbildung von Multiplikator/innen sowie die Bereitstellung von Beratungsangeboten und Materialien engagiert. Die RAA Berlin versteht sich als eine Dienstleistungsagentur für die Entwicklung von Zivilgesellschaft.

Zentrale Ziele der RAA Berlin im Arbeitsfeld Demokratie sind „die Förderung von demokratischem Handeln in Schule und Gemeinwesen, einer Kultur der Vielfalt, gegenseitigen Respekts und der Partizipation“. Zu den Angeboten in diesem Bereich gehören – neben den Projekten im Bereich der beruflichen Bildung – das Modellprojekt „Demokratie lernen in der Einwanderungsgesellschaft“, eine Dialogreihe mit muslimischen Jugendlichen (JUMA – jung, muslimisch, aktiv), eine interreligiöse Jugendinitiative (JUGA – jung, gläubig, aktiv), Schülerclubs an zwei Berliner Oberschulen und Workshops zu Antiziganismus.⁶

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ versteht sich als eine Art „Unterstützungssystem“ für die in der beruflichen Bildung tätigen freien Träger und die Berliner Oberstufenzentren (OSZ), das „Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ in den Bildungseinrichtungen fördern soll. Das Projekt zielt darauf ab, engagierte Schüler/innen und Lehrer/innen argumentativ und methodisch gegen Rechtsextremismus zu stärken, ein schulübergreifendes Netz engagierter Lehrer und Schüler aufzubauen, aktive und selbstständig arbeitende

⁴ Siehe die Webseiten des Programms unter <http://www.esf.de/portal/generator/6592/xenos.html>.

⁵ Mit der Evaluation des Programms „XENOS – Integration und Vielfalt“ wurde in der ersten Förderrunde ein Konsortium mit drei Partnern beauftragt (Lawaetz-Stiftung Hamburg; Univation Köln; Wirtschafts- und Sozialforschung Kerpen). Bislang wurde allerdings nur eine Kurzfassung des Zwischenberichts veröffentlicht (vgl. Mirbach/Schobert 2011).

⁶ Siehe hierzu <http://www.raa-berlin.de/Neu2011/wir%20ueber%20uns.html>.

Schülervertretungen zu etablieren sowie eine modellhafte Praxis gegen Rechtsextremismus an den Berliner Oberstufenzentren zu entwickeln, zu dokumentieren und zu verbreiten.

3. Rechtsextremismus und andere Formen der Diskriminierung in Berlin

Rechtsextremismus umfasst eine breite Palette von Verhaltensweisen, die von aktiver Diskriminierung und Gewalt über die Mitgliedschaft in Organisationen und Parteien bis zu deren Unterstützung und Wahl reichen, und ein vielschichtiges Einstellungsmuster mit den Facetten Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.⁷ Die erheblichen Unterschiede in der Ausprägung einzelner Einstellungsdimensionen legen es nahe, solche Einstellungsmuster zu bearbeiten, bevor sie sich zu einem rechtsextremen Weltbild verdichten, und die Prävention von Rechtsextremismus in einen erweiterten Zusammenhang einer Förderung von Respekt, Toleranz, Vielfalt, Demokratie und Menschenrechten zu stellen.⁸

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien zeigen, dass Berlin „im bundesdeutschen Maßstabe ... vergleichsweise gering mit rechtsextremen Einstellungen belastet (ist)“.⁹ Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede nach Wohnort, politischer Sozialisation, Altersgruppen, Geschlecht, Erwerbs- und Berufsgruppen sowie sozialen Schichten: Rechtsextreme Einstellungen sind beispielsweise bei Jugendlichen (16 %), bei Befragten aus der Unterschicht mit geringer Bildung und geringem Einkommen (19 %), bei Arbeitslosen (20 %), einfachen Arbeitern (40 %) und Facharbeitern (34 %) überdurchschnittlich verbreitet. Insgesamt 25 Prozent der Berliner, die sich gesellschaftlich benachteiligt fühlen, weisen eine rechtsextreme Einstellung auf.¹⁰

Nahezu alle Untersuchungen, die Berufsschüler/innen in ihre Analyse einbeziehen, zeigen, dass rechtsextreme und insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen in dieser Gruppe besonders stark verbreitet sind.¹¹ In einer Studie zu den Lebensstilen Berliner Jugendlichen zeigten sich in der Auswertung nach Berufsgruppen besonders hohe Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen im Baugewerbe und in der Kraftfahrzeugtechnik.¹² Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen sind offenbar Lernerfahrungen in der Gleichaltrigengruppe und im Elternhaus. Der Einfluss der Berufsschule wird zwar insgesamt als eher gering eingeschätzt, aber es zeigt sich immerhin ein „deutlicher Zusammenhang zwischen dem Eingreifen der Lehrkräfte bei ausländerfeindlichen Äußerungen in der Schule und der Ausländerfeindlichkeit der Befragten“.¹³ Angesichts der besonderen Herausforderungen sind Berufsschulen daher als Akteure besonders gefordert, sich mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und entsprechende Präventions- und Interventionsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Berliner Projektlandschaft zum Themenfeld Rechtsextremismus wird in einem Forschungsbericht für die Landeskommission Berlin gegen Gewalt als eine „vielgestaltige und bunte Informations-

⁷ Vgl. Decker/Brähler 2006, S. 19ff.

⁸ Vgl. Roth et al. 2010, S. 12 und 59.

⁹ Stöss/Niedermayer 2008: 3; 21.

¹⁰ Vgl. Stöss/Niedermayer 2008; siehe zu einer zusammenfassenden Darstellung von Demokratie gefährdenden Entwicklungen in Berlin auch Roth et al. 2010, S. 51ff.

¹¹ Siehe für Berlin z.B. die Untersuchungen von Oesterreich 1993 und Merkens et al. 1998 sowie ferner die Studien von Bacher 2001, Fuchs et al. 2003, Schröder 2004 und Nattke 2009.

¹² Vgl. Merkens et al. 1998, S. 166ff.

¹³ Bacher 2001, S. 19.

und Bildungslandschaft“ mit „einer großen Fülle von Projekten und Ansätzen“ charakterisiert.¹⁴ Allerdings zeigen die Ergebnisse, dass die bildungsärmeren Gruppen kaum erreicht werden. Das gilt insbesondere auch für Auszubildende, die nur bei sechs von 147 Projekten als Zielgruppe an erster Stelle standen.¹⁵ Von den 26 Projekten, die im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefördert werden, hat nur eines Auszubildende oder Teilnehmer/innen an Maßnahmen der Berufsvorbereitung als Hauptzielgruppe.¹⁶

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ gehört zu den wenigen Projekte in Berlin, die sich an Berufsschüler und Auszubildende in einem besonderen schulischen Umfeld richten. Die Berliner Oberstufenzentren sind berufsbildende Schulen, in denen verschiedene Bildungsgänge eines Berufsfeldes unter einem Dach zusammengefasst sind. Die 35 Oberstufenzentren und 18 beruflichen Schulen in Berlin werden von über 90.000 Schüler/innen und 6.000 Lehr- und Fachkräften besucht. Es handelt sich um Einrichtungen, in denen Schüler/innen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft mit unterschiedlichen Bildungschancen zusammentreffen: So genannte bildungsbenachteiligte Schüler/innen, die den Hauptschulabschluss nachholen, sind ebenso vertreten wie Schüler/innen in der überbetrieblichen Berufsbildung, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, Auszubildende im klassischen dualen System und Schüler/innen, welche sich an den Berufsoberschulen auf das Abitur vorbereiten.

Rechte Orientierungen artikulieren sich an Oberstufenzentren vor allem in Form von Alltagsrassismus. Darüber hinaus finden einzelne rechtsextreme Ideologiesegmente eine hohe Zustimmung in der Schülerschaft.¹⁷

4. Konzeption und Profil des Projekts

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ knüpft an das Vorgängerprojekt „Rechtsextremismusprävention an Berliner Oberstufenzentren“ an, hat aber auch andere Formen gruppenbezogener Abwertung und Diskriminierung (insbesondere Antisemitismus, Homophobie bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund) in den Blick genommen. Damit bietet das Projekt vielfältige Anknüpfungspunkte zum Berliner Integrationskonzept (2007) und zur Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (2008). Die thematische Erweiterung der Projektarbeit hat zudem Empfehlungen aus der Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufgegriffen (2010).¹⁸

In konzeptioneller Hinsicht ist besonders die mehrdimensionale Ausrichtung des Projekts hervorzuheben: Angebote zur Prävention rechtsextremer Einstellungen werden durch Angebote zum Umgang mit gruppenbezogenen Vorurteilen und demokratiefeindlichen Einstellungen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und zur Förderung einer demokratischen Kultur und eines partizipativen Klimas in berufsbildenden Einrichtungen ergänzt. Im Vordergrund stehen hierbei die Förderung einer aktiven Schülervertretung, die Stärkung engagierter Lehrer/innen, die Kooperation mit externen Partnern (z.B. Migrantenorganisationen) sowie der Auf- und Ausbau unterstützender Netzwerke. Diese Herangehensweise hat sich in der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und bei den

¹⁴ Kohlstruck et al. 2007, S. 62.

¹⁵ Ebd., S. 62.

¹⁶ Vgl. Roth et al. 2010, S. 101.

¹⁷ Gespräch mit dem Projektleiter Michael Hammerbacher, RAA Berlin am 08.09.2009 (siehe Roth et al. 2010, S. 149).

¹⁸ Siehe Roth et al. 2010, S. 262.

Ansätzen zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie bewährt.¹⁹ Die Konzentration auf ausgewählte Modelleinrichtungen und der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen bietet zudem besondere Chancen einer breitenwirksamen und nachhaltigen Zusammenarbeit mit berufsbildenden Schulen und der Entwicklung und Erprobung von übertragbaren Gesamtkonzepten.²⁰

Dieser mehrdimensionale Ansatz hat allerdings zur Folge, dass das Projekt von Akteuren und Kooperationspartnern in sehr unterschiedlicher Weise wahrgenommen wird: als Projekt zur Prävention von Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Abwertungen und Vorurteile, als Angebot zur Förderung von Vielfalt und Toleranz und zur Stärkung einer demokratischen Schulkultur, als Unterstützungssystem für Lehrer/innen im Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen an Berliner Oberstufenzentren und beruflichen Schulen, als Instrument zur Aktivierung und Förderung von Schülervertretungen und als schulnaher Akteur im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Die verschiedenen Schwerpunkte können als Brücken zwischen den einzelnen Bereichen und Handlungsfeldern genutzt werden. Sie tragen aber auch dazu bei, dass das Gesamtprofil des Projekts insgesamt wenig markant wirkt und die einzelnen Angebote von Nutzern und Kooperationspartnern nicht immer in einem übergreifenden Zusammenhang gesehen werden.

5. Ziele, Zielgruppen und Arbeitsschwerpunkte

Das Projekt der RAA Berlin hat die Schaffung eines Unterstützungssystems für die Berliner Oberstufenzentren (OSZ) und die in der beruflichen Bildung tätigen freien Träger zur Förderung von Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus zum Ziel. Zielgruppe sind vor allem Schüler/innen und Auszubildende im Alter von 17 bis 25 Jahren, vor allem jene, die gefährdet sind, demokratische Werte abzulehnen und politische Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu übernehmen. Als Hauptzielgruppen in den Blick genommen werden zum einen „deutsche“ Jugendliche, die eine Nähe zu rechtsextremistischen Einstellungsmustern (mit den Dimensionen Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) aufweisen sowie zum anderen Jugendliche mit Migrationshintergrund, die demokratischen Werten distanziert gegenüber stehen und deren Einstellungen von antisemitischen oder anderen Formen gruppenbezogener Abwertungen beeinflusst werden.

Das Projekt besteht aus drei Arbeitsschwerpunkten bzw. Handlungsfeldern, die sich zum Teil ergänzen und überschneiden:

- *Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung:* Angebote für Auszubildende und Schüler/innen, Ausbilder/innen, Pädagog/inn/en und Lehrer/innen zur Prävention rechtsextremer Einstellungen, zur Stärkung engagierter Akteure und zur Förderung einer lebendigen demokratischen Kultur in den berufsbildenden Einrichtungen.
- *Für Vielfalt und Respekt in der beruflichen Bildung:* Angebote für Auszubildende und Schüler/innen, Ausbilder/innen, Pädagog/inn/en und Lehrer/innen zum Umgang mit gruppenbezogenen Vorurteilen und demokratiefeindlichen Einstellungen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- *Demokratische Kultur in Schule und Ausbildung:* Angebote für Auszubildende und Schüler/innen, Ausbilder/innen, Pädagog/inn/en und Lehrer/innen zur (Weiter-) Entwicklung einer anerkennenden, partizipativen und demokratischen Kultur in den berufsbildenden Einrichtungen (z.B. durch die Durchführung von Audit-Verfahren).

¹⁹ Vgl. Roth et al. 2010.

²⁰ Ebd.: S. 261.

6. Ergebnisse und Leistungen des Projekts

6.1 Angebote der politischen Bildung

Politische Bildung gilt in Deutschland als einer der zentralen Ansätze in der präventiven pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die Aufklärung über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sollen insbesondere Jugendliche befähigen, sich aktiv mit rechtsextremen Angeboten und Herausforderungen auseinanderzusetzen. Allerdings ist politische Bildung, die gegen rechtsextreme Tendenzen wirken soll, mit einem grundsätzlichen Dilemma konfrontiert. Politische Bildung ist aufgrund ihres Selbstverständnisses als ergebnisoffener Prozess angelegt, der die beteiligten Individuen zu einer freien und selbstverantwortlichen Reflexion und Meinungsbildung befähigen soll; zum anderen verfolgt sie im Rahmen der Rechtsextremismusprävention klar definierte Ziele, die mit einer entsprechenden Haltung einhergehen.²¹

Die Angebote des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ richten sich vor allem an Multiplikatoren (Lehrer/innen, Pädagog/inn/en und Ausbilder/innen) sowie Schüler/innen und Auszubildende. Mit den Angeboten des Projekts sollen Akteure gestärkt werden, die sich an den Oberstufenzentren und berufsbildenden Einrichtungen für demokratische Werte und eine Kultur der Gleichwertigkeit einsetzen und sich gegen rechtsextremistische und andere abwertende Haltungen und diskriminierende Verhaltensweisen engagieren. Zu den Angeboten des Projekts gehören halbtägige Fortbildungen, die von Lehrer/innen und Pädagog/inn/en-Teams sowie von Schülervertretungen und Jugendauszubildendenvertretungen jeweils nach Bedarf gebucht werden können, zentrale Fortbildungsveranstaltungen zu bestimmten Terminen sowie Argumentationshilfen, pädagogische Materialien und Hilfen für die Arbeit der Schülervertretung.

Zu den Fortbildungsangeboten in den Arbeitsbereichen „Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung“ und „Für Vielfalt und Respekt in der beruflichen Bildung“ gehörten z.B. im Jahr 2011/2012 folgende Bausteine:

- Recht gegen rechts / Hausordnungen gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus;
- Argumentationstrainings gegen rechtsextreme, rassistische und rechtspopulistische Parolen;
- Rechtsextreme Symbole und Erscheinungsformen;
- „Homos gibt's hier nicht!“ Pädagogische Haltungen und Handlungsstrategien im Umgang mit Homophobie im Bereich der beruflichen Bildung;
- Der Nahostkonflikt in Berlin. Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit am Beispiel des Nahostkonflikts.

Die Bildungsbausteine spiegeln sowohl Tendenzen einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Bedarfslage an den Oberstufenzentren und berufsbildenden Einrichtungen als auch die Schwerpunktbildung innerhalb des Projekts wider. Sie greifen zudem die in der fachlichen Diskussion vertretene Empfehlung auf, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus stärker mit Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft sowie mit Fragen der Anerkennung, der Identität und Zugehörigkeit sowie der Auseinandersetzung mit Verschiedenheit zu verknüpfen.²² Die Diversifizierung des Angebots stärkt zwar den bedarfsorientierten Charakter des Projekts als externes Unterstützungssystem für Oberstufenzentren

²¹ Vgl. Rieker 2009, S. 49ff.

²² Ebd., S. 178; siehe auch Roth et al. 2010.

und berufsbildende Einrichtungen, sie schwächt aber zugleich auch das inhaltliche Profil des Projekts im Rahmen der Prävention gegen Rechtsextremismus, da sich die Schwerpunkte Rechtsextremismus, Antisemitismus und Homophobie mit den verschiedenen Zielgruppen von Jugendlichen nicht ohne Weiteres in ein kohärentes Gesamtkonzept integrieren lassen.

Die Wirkungen der Fortbildungsangebote können im Rahmen der externen Evaluation nicht umfassend beurteilt werden, da dies aufwändigere und längerfristig angelegte Erhebungen erfordern würde. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung sowie die Gespräche mit Lehrer/innen zeigen aber, dass die Fortbildungen von den Beteiligten überwiegend positiv bewertet werden. Die Erfolge werden zudem stark von der jeweiligen Konstellation der Bildungsmaßnahme beeinflusst (Charakter der Bildungsveranstaltung, Zusammensetzung der Teilnehmer/innen, Freiwilligkeit der Teilnahme). Die Dozent/innen klären die Interessenlage in Vorgesprächen ab und passen die Konzeptionen der Fortbildungsveranstaltungen an die jeweiligen Anforderungen und Bedarfe an. Aufgrund ihrer Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit gelingt es ihnen zumeist, Ängste, Barrieren und Widerstände in Bezug auf eine Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus abzubauen, Informationen über gegenwärtige Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu vermitteln und einen offenen Prozess der Diskussion, Reflexion und Urteilsbildung anzuregen und zu fördern.²³

Die Gespräche im Rahmen der Evaluation zeigen, dass sich die Mischung aus zentralen Fortbildungsveranstaltungen sowie bedarfsorientierten und einrichtungsbezogenen Angeboten grundsätzlich bewährt hat. Mit den zentralen Fortbildungsangeboten können persönliche Kontakte zu einzelnen Interessenten an Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen aufgebaut werden, die sich dann je nach Bedarf und Interessen vertiefen lassen. Zu den Entwicklungsmöglichkeiten gehört eine stärkere Ausdifferenzierung des Angebots, das von aktuellen und regelmäßigen Informationsveranstaltungen über die Gestaltung von Projekttagen und Projektwochen bis hin zum Aufbau projekt- und trägerübergreifender Netzwerkstrukturen zur gezielten Unterstützung von Schulen reichen könnte. Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen sind dabei ein Erfolg versprechender Weg, um die Angebote des Projekts stärker mit dem schulischen Alltag zu verknüpfen.

6.2 *Unterstützung von Schülervertretungen*

Zu den zentralen Zielen des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ gehört die Partizipation von Schüler/innen und Auszubildenden in Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen durch die Anerkennung, Förderung und Unterstützung von Schüler- bzw. Jugendauszubildendenvertretungen. Diese Vertretungen gelten als „der Kern von Aktivitäten für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus von Auszubildenden und Schüler/innen, da es sonst kaum Möglichkeiten in Einrichtungen der beruflichen Bildung gibt, handlungsfähige Gruppen aufzubauen“.²⁴ Das Projekt knüpft damit auch an Erkenntnisse wissenschaftlicher Untersuchungen

²³ Gruppengespräch mit den freiberuflichen Dozenten Jan Buschbom, Gabriel Landgraf und Timm Köhler am 28.06.2010 in den Räumen der RAA Berlin. In der Diskussion wurde vor allem die Freiwilligkeit der Teilnahme als zentraler Erfolgsfaktor von Fortbildungsveranstaltungen hervorgehoben. Daher komme den zentralen Veranstaltungen des Projekts, zu denen sich nur Freiwillige und wirklich Interessierte anmelden würden, eine besondere Bedeutung zu.

²⁴ RAA Berlin, Angaben zum Vorhaben „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ vom 30.11.2009.

an, die zeigen, dass Rechtsextremismusprävention in der Schule gelingen kann, wenn sich diese auf Partizipationsmöglichkeiten stützt, die durch Jugendliche selbst erfahren und gestaltet werden.²⁵

Das Projekt unterstützt Schüler/innen und Auszubildende zum einen durch Seminare und Begleitung, die den Aufbau und die Verstetigung einer aktiven und handlungsfähigen Schüler- bzw. Jugendvertretung zum Ziel haben. In einem zweiten Schritt werden Seminare zur Entwicklung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, zur Demokratieförderung und zu interkulturellen Themen angeboten. In einer dritten Phase werden stärker projektorientiert arbeitende Arbeitskreise und Initiativen angeregt und unterstützt, die beispielsweise Aktivitäten im Rahmen des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ planen und umsetzen. Das Projekt nutzt damit Schülervertretungen als ein klassisches Instrument zur Förderung einer demokratischen Schulkultur und trägt den im Rahmen des BLK-Programms entwickelten Empfehlungen zur Erweiterung von Schüler/innenbeteiligung im Sinne einer „Kombination und Verschränkung mit anderen Formen direkter Beteiligung“ Rechnung.²⁶

Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass die verschiedenen Angebote des Projekts von Schüler/innen nachgefragt und aktiv genutzt werden. Schüler/innen an Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen werden hierdurch befähigt, auf Augenhöhe mit anderen Akteuren wie Schulleitung und Lehrer/innen an der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur mitzuwirken und die Schule durch eigene Aktivitäten zu einem Ort für das Erlernen demokratischer Handlungskompetenzen zu machen. Die Förderung und Unterstützung von Projektgruppen im Rahmen des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist hierbei besonders geeignet, um Schüler/innen „zu zentralen Akteuren einer demokratischen, auf Kooperation, Partizipation und Vernetzung ausgerichteten Schulentwicklung zu machen“.²⁷

6.3 Kooperation mit Modelleinrichtungen

Im Rahmen des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ gibt es eine enge Zusammenarbeit mit ausgewählten Schulen.²⁸ Mit so genannten Modell-Oberstufenzentren werden Kooperationsverträge abgeschlossen, in denen die Ziele und Aktivitäten festgehalten werden. An den Modelleinrichtungen sollen Handlungskonzepte und Strategien zur Prävention von Rechtsextremismus und anderen Formen von Diskriminierung entwickelt sowie Strukturen aufgebaut werden, die verschiedene Elemente wie Entwicklung des Schulprogramms, Kooperation mit Arbeitgebern und anderen externen Partnern, Förderung einer aktiven Schüler/innenvertretung miteinander verknüpfen und ein dauerhaftes und nachhaltiges Engagement von Schüler/innen, Auszubildenden, Pädagog/inn/en und Lehrer/innen im Rahmen einer demokratischen und diskriminierungsfreien Schulkultur ermöglichen.

Diese Schwerpunktbildung des Projekts reflektiert den Stand der wissenschaftlichen Debatte zur Bedeutung einer demokratischen Schulkultur für die Entwicklung sozialer Kompetenzen und den Umgang mit Diversität. Demokratische Partizipation wird inzwischen nicht mehr nur als ein „übergreifendes Bildungsziel“ angesehen, sondern auch als eine „zentrale Aufgabe der Qualitätsentwick-

²⁵ Vgl. Edelstein/Fauser 2001.

²⁶ Eikel/Diemer 2001, S. 7.

²⁷ Roth et al. 2010, S. 19; siehe auch Edelstein/Fauser 2001, S. 37.

²⁸ Hierzu gehören das OSZ Lotis (Oberstufenzentrum Logistik, Tourismus, Immobilien und Steuern) in Tempelhof, die Max-Taut-Schule (Oberstufenzentrum Versorgungs- und Reinigungstechnik) in Lichtenberg, die Georg-Schlesinger-Schule (Oberstufenzentrum Maschinen- und Fertigungstechnik) in Reinickendorf und die Wilhelm-Ostwald-Schule (Oberstufenzentrum Farbtechnik und Raumgestaltung) in Steglitz.

lung“ von Schulen.²⁹ Schulen können demokratische Orientierungen, tolerantes Miteinander und die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern. In diesem Zusammenhang ist ein Ausbau der Beteiligungsrechte von Schülerinnen und Schülern zwar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Partizipation, aber allein nicht ausreichend. Gefordert sind vielmehr Projekte und Aktivitäten, welche Schüler/innen eine reale Mitbestimmungsmöglichkeit einräumen.³⁰ Hier können von außerschulischen Initiativen und Angeboten wichtige Impulse ausgehen.

Die enge Kooperation mit Modelleinrichtungen bietet die Chance, Lernerfahrungen durch Organisationsentwicklung und Netzbildung nachhaltig zu fördern und das Engagement für eine demokratische Kultur der Vielfalt und Gleichwertigkeit strukturell zu verankern. Bei der Konzentration auf ausgewählte Modelleinrichtungen und der Dokumentation von Erfahrungen bei der Umsetzung von Handlungskonzepten könnte allerdings noch stärker darauf geachtet werden, die Gelingensbedingungen für einen erfolgreichen Transfer dieser Konzepte herauszuarbeiten.

6.4 *Audit für Wertschätzung und Beteiligung*

Im Rahmen des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ werden seit Frühjahr 2010 Audits für Wertschätzung und Beteiligung durchgeführt. Mit Audit-Prozessen zu den Themen Schulklima und Beteiligung von Schüler/innen sollen Berliner Oberstufenzentren und Berufsschulen in ihren Bemühungen unterstützt werden, zentrale Elemente einer „guten Schule“ und einer „Kultur der Anerkennung“ im Schulleben zu verankern. Zu den Zielen des Audits gehört die Unterstützung der Oberstufenzentren bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen, die Aktivierung und Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten an der Schule sowie die Förderung der Identifikation von Schülerinnen und Schülern mit ihrer Schule.

Das Kooperationsangebot „Audit für Wertschätzung und Beteiligung“ wurde im Herbst 2009 von der RAA Berlin ausgeschrieben und in den Jahren 2010/2011 exemplarisch an zwei Schulen durchgeführt. Im Vordergrund standen hierbei die Themen Stärkung der Schülervertretung (Georg Schlesinger Straße) sowie Schulklima und Beteiligungskultur (August Sander Schule). Die Projektmitarbeiterinnen haben ihre Erfahrungen mit der Umsetzung des Audits an der August Sander Schule beschrieben und Gelingensbedingungen für ein Audit an Oberstufenzentren formuliert.³¹ Die Dokumentation steht potenziellen Interessenten auf den Webseiten des Projekts zur Verfügung.

Audits sind anerkannte Verfahren der Qualitätsentwicklung, die Entwicklungsfortschritte in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen mithilfe einer partizipativen und systematischen Organisation von Kommunikations- und Reflektionsprozessen steuern sollen. Unterschieden werden Demokratie-, Anerkennungs-, Gleichwertigkeitsaudits und Nachhaltigkeitsaudits sowie Audits zur Förderqualität in Bildungseinrichtungen.³² Das „RAA Audit“ knüpft an das im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“ vorgelegte „DemokratieAudit“³³ sowie an das von der Amadeo Antonio Stiftung und der RAA Berlin entwickelte „Anerkennungsaudit“³⁴ an. Im Unterschied zu diesen Verfahren ist

²⁹ Eikel 2007, S. 7.

³⁰ Vgl. Edelstein/Fauser 2001, S. 34.

³¹ Vgl. Eltze/Meißner 2011.

³² Vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2011.

³³ Vgl. Eikel/Wentzel 2007.

³⁴ Vgl. Amadeo Antonio Stiftung/RAA Berlin 2008.

das Audit für Wertschätzung und Beteiligung inhaltlich offener und weniger formalisiert. Im Vordergrund steht hierbei die Partizipation aller Beteiligten, insbesondere der Schülerinnen und Schüler.³⁵

Das Angebot eines Audits für Wertschätzung und Beteiligung im Rahmen des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ bildet ein bedarfsorientiertes und flexibles Instrument zur Entwicklung und Umsetzung themenbezogener Handlungsstrategien und zur Förderung von Anerkennungs- und Beteiligungsprozessen in Oberstufenzentren und Berufsschulen. Das Audit ergänzt die Angebote des Projekts zur Förderung einer demokratischen Schulkultur in angemessener Weise und zeigt beispielhaft, wie Schulklima und -kultur durch ein strukturiertes und extern moderiertes Verfahren der Qualitätsentwicklung verbessert werden können. Entwicklungsmöglichkeiten bestehen insbesondere in einer stärkeren inhaltlichen Fokussierung und Profilierung des Angebots sowie in einer Verbesserung der öffentlichen Sichtbarkeit. Wünschenswert wären zudem eine Verstärkung des Angebots und eine stärkere Verknüpfung mit Angeboten und Empfehlungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.³⁶

7. Bedarfe und Perspektiven von Oberstufenzentren und beruflichen Schulen

Im Rahmen der begleitenden Evaluation wurde im Frühjahr 2010 eine schriftliche Befragung von Oberstufenzentren und anderen freien Trägern der beruflichen Bildung durchgeführt. Die niedrige Rücklaufquote³⁷ und die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass es offenbar nur in einer Minderheit der Einrichtungen/Schulen einen „aktuellen Bedarf zur Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und/oder anderen Formen der Diskriminierung“ gibt.³⁸ Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es hierzu in den Einrichtungen unterschiedliche Einschätzungen (Schulleitung, Lehrerkollegium, Schülervertretung) geben dürfte, die im Rahmen unserer Befragung nicht erhoben werden konnten. Die Ergebnisse bestätigen aber die Strategie einer inhaltlichen und methodischen Diversifizierung der Projektangebote und einer Konzentration auf ausgewählte Modelleinrichtungen, da der Bedarf an spezifischen Angeboten zum Thema Rechtsextremismus begrenzt zu sein scheint.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung, aber auch die vertiefenden Gespräche und Diskussionen mit Lehrkräften und Schüler/innen zeigen, dass vor allem den Themen Förderung von Engagement und Beteiligung in Schulen sowie interkulturelle Begegnung und Zusammenarbeit in (herkunfts-) heterogenen Teams eine besondere Bedeutung zukommt. Es könnte daher sinnvoll zu sein, diese übergreifenden Bedarfe in den Einrichtungen stärker in den Blick zu nehmen, ohne die spezifischen Kompetenzen des Projekts in Bezug auf die Prävention von Rechtsextremismus und anderen Formengruppenbezogener Vorurteile zu vernachlässigen. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung ergeben insgesamt ein heterogenes Bild; sie deuten aber darauf hin, dass das Angebot des Projekts von Fort-

³⁵ Vgl. Eltze/Meißner 2011, S. 5.

³⁶ Siehe hierzu <http://www.berlin.de/sen/bildung/schulqualitaet>.

³⁷ Von den im Frühjahr 2010 angeschriebenen über 50 Berliner Oberstufenzentren und beruflichen Schulen haben nur 13 den Fragebogen beantwortet. Weitere zwölf Fragebögen haben wir von Teilnehmer/innen an der Jahreskonferenz in der Werkstatt der Kulturen am 1. Juli 2010 erhalten. Diese wurden aber aufgrund der besonderen Zusammensetzung des Teilnehmerkreises getrennt ausgewertet, um die Ergebnisse nicht zu verfälschen.

³⁸ Von den 13 Einrichtungen/Schulen, von denen uns die Antwortbögen vorliegen, haben nur sieben einen aktuellen Bedarf bejaht; von sechs Einrichtungen/Schulen wurde er verneint. Die Auswertung der Fragebögen, die auf der Jahreskonferenz am 1. Juli 2010 in der Werkstatt der Kulturen verteilt wurden, ergab ein ähnliches Ergebnis.

bildungen und die Unterstützung bei der Durchführung von Projekttagen zum Grundbedarf der Einrichtungen gehören, der sich bei aktuellen Problemlagen und intensiverer Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex weiter ausdifferenziert.

- Einen „besonderen Informations- und Fortbildungsbedarf“ sehen die Befragten vor allem in den Bereichen Demokratieförderung (5 Nennungen), Islamismus (4 Nennungen), interethnische Konflikte (3 Nennungen) und Homophobie (3 Nennungen); bei den klassischen Bereichen Rechtsextremismus und Antisemitismus (jeweils 2 Nennungen) sowie Rassismus und Islamfeindlichkeit (jeweils 1 Nennung) ist der Informations- und Fortbildungsbedarf deutlich geringer.³⁹ Als weiteres Thema wurde von den Befragten vor allem das Thema Mobbing genannt.
- Gewünscht werden von den Befragten vor allem Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus und zu anderen Formen der Diskriminierung (5 Nennungen) sowie Beratung und Unterstützung bei der Konzipierung und Durchführung von Projekttagen (4 Nennungen). Auf der Jahrestagung 2010 in der Werkstatt der Kulturen wurden von den Befragten insbesondere Beratung und Unterstützung von engagierten Schülervertretungen (9 Nennungen) favorisiert, gefolgt von Informationen/Materialien zum kostenlosen Download und dem Aufbau eines Netzwerks von engagierten Ausbilder/innen, Pädagog/innen und Lehrer/innen (jeweils 6 Nennungen).

Rücklauf und Ergebnisse der Umfrage werfen die Frage auf, inwiefern es dem Projekt gelingt, den potenziellen Bedarf an Informationen, Fortbildungen und Unterstützung zum Themenfeld zu erschließen. Diese Frage lässt sich nicht einfach beantworten. Zum einen kann darauf verwiesen werden, dass das Projekt über vielfältige Formen der Ansprache und Information verfügt, so dass das Angebot allen Oberstufenzentren und in der beruflichen Bildung tätigen freien Träger bekannt sein müsste. Es gibt aber offenbar auch Schulen, in denen das Problembewusstsein zum Themenfeld Rechtsextremismus, Diskriminierung und Ungleichwertigkeitsideologien nicht sehr ausgeprägt ist und die von den Angeboten des Projekts bislang nicht erreicht werden.⁴⁰ Es sollte daher darüber nachgedacht werden, ob ein niedrigschwelliges Angebot zum Thema demokratische und interkulturelle Schulentwicklung entwickelt werden kann, das auch als „Türöffner“ für Themen wie Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Vorurteile oder diskriminierender Verhaltensweisen dienen könnte.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung ist eine umfassende und differenzierte Einschätzung zu der Frage, wie die Angebote des Projekts von den Nutzern bewertet werden, nicht möglich. Zum einen liegen uns keine Ergebnisse der Selbstevaluation des Projekts vor, zum anderen ist der Rücklauf von Antwortbögen bei der schriftlichen Befragung zu gering, um daraus weit reichende Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung von Oberstufenzentren, aber auch die Gespräche und Diskussionen mit Lehrkräften deuten aber darauf hin, dass es insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit den Angeboten des Projekts gibt, auch wenn nicht immer alle Wünsche der Befragten erfüllt werden können.

³⁹ Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung im Rahmen der Jahreskonferenz, die am 1. Juli 2010 in der Werkstatt der Kulturen durchgeführt wurde, weichen hiervon deutlich ab. In diesem Kontext wurden die Themen Rassismus (5 Nennungen), Demokratieförderung (4 Nennungen) und Rechtsextremismus (3 Nennungen) am häufigsten genannt.

⁴⁰ Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung deuten darauf hin, dass die Ursachen vielfältig sind. Als Gründe wurden eine Nichtnutzung der Angebote wurde genannt: keinen Anlass (5 Nennungen), keine Gelegenheit (4 Nennungen), nicht bekannt (3 Nennungen).

Zu den Ergebnissen der schriftlichen Befragung gehört, dass die Angebote des Projekts zur Förderung von Wissen und Handlungskompetenzen sowie von Kontakten, die für die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und andere Formen der Diskriminierung hilfreich sind, fast durchgängig positiv bewertet werden. In etwas abgeschwächter Form gilt das auch für die Angebote zur Stärkung der Vertrauenslehrer/innen und der Schülervertretung sowie zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Als eher weniger zutreffend wurde das Statement bewertet, dass sich durch die Angebote des Projekts in der Schule/Einrichtung eine engagierte Gruppe zur Auseinandersetzung mit diesen Themen gebildet hat. Das deutet darauf hin, dass das Projekt engagierte Schüler/innen und Lehrer/innen an den Schulen voraussetzt und dass die Ausweitung, Stärkung und Verstärkung des Engagements an Schulen offenbar schwierig ist.

8. Kooperation und Vernetzung in der Präventionsarbeit

Der Aufbau dauerhafter und tragfähiger Kooperationen aller relevanten Akteure und die Vernetzung der Angebote gelten in der Rechtsextremismusprävention als zentraler Erfolgsfaktor für nachhaltige Wirkungen der Projektarbeit.⁴¹

Die vielfältigen Kooperationsbeziehungen des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit Pluralismus“ zählen zu den Stärken der Projektarbeit.⁴² Hierzu gehören die enge Kooperation des Projekts mit Einrichtungen des Landes Berlin (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin), mit Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen (insbesondere die „Modell-OSZ“, mit denen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen wurden), freien Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit (Amadeu Antonio-Stiftung, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin u.v.a.), Gewerkschaften und Kirchen (z.B. DGB Jugend Berlin-Brandenburg, Evangelische Berufsschularbeit) sowie Netzwerken (Berliner Beratungsnetzwerk für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“).

Diese Kooperationsbeziehungen und Vernetzungsstrukturen haben maßgeblich zur Entstehung von Synergieeffekten bei der Konzipierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen, zur Entwicklung, Dokumentation und Verbreitung einer modellhaften Praxis an Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen, zur Intensivierung des Austausches zwischen engagierten Schüler/innen und Lehrkräften, zur Verbesserung der öffentlichen Sichtbarkeit der Projektarbeit und zum Transfer von Projektergebnissen in die Bildungsarbeit beigetragen. Entwicklungsmöglichkeiten zeigen sich bei der Verbesserung der Verknüpfung mit entsprechenden Angeboten und Einrichtungen des Landes Berlin (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, Bildungsserver Berlin-Brandenburg),⁴³ die allerdings vom Projekt selbst kaum beeinflusst werden kann.

⁴¹ Vgl. Rieker 2009, S. 175f.

⁴² Vgl. Roth et al. 2010, S. 261.

⁴³ Auf den Webseiten des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und des Bildungsservers Berlin-Brandenburg findet sich auf den Seiten zur Demokratiepädagogik kein einziger Hinweis auf die Angebote und Materialien des Projekts, obwohl dieses seit Jahren vom Land Berlin gefördert wird (siehe auch <http://www.berlin.de/lb/intmig/sub/demokratie/handeln/raa/index.html>).

8.1 Kooperationspartner im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Das Projekt der RAA Berlin gehört zu den Kooperationspartnern im Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC). SOR-SMC sieht sich selbst als „ein Projekt von und für SchülerInnen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen“.⁴⁴ Es zielt darauf ab, das Engagement von Kindern und Jugendlichen gegen Diskriminierungen zu fördern und diesen die Möglichkeit zu bieten, das Klima in der Schule aktiv mitzugestalten. Schulen, die die formalen Voraussetzungen erfüllen, werden als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in das bundesweite Netzwerk von SOR-SMC aufgenommen werden.⁴⁵ Zur Selbstverpflichtung der Schule gehört der Einsatz gegen Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen an der Schule sowie die Entwicklung nachhaltiger und langfristiger Projekte, Aktivitäten und Initiativen an der Schule, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.

Im Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird hervorgehoben, dass das Konzept von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ als Instrument der Demokratieförderung besonders geeignet ist, da es jede Form von Diskriminierung und das breite Spektrum demokratiegefährdender Ideologien in der Einwanderungsgesellschaft in den Blick nimmt: „Das Projekt stärkt die Kommunikationskompetenzen der SchülerInnen, eröffnet ihnen vielfältige Erfahrungsmöglichkeiten eines aktiven und selbstbestimmten Handelns und macht sie zu zentralen Akteuren einer demokratischen, auf Kooperation, Partizipation und Vernetzung ausgerichteten Schulentwicklung. Es fördert zudem die Entstehung eines starken Netzwerks von Akteuren in Schule und Zivilgesellschaft, das die Demokratisierung der Schule (von innen und unten) vorantreiben und langfristig einen Beitrag zur Veränderung der Schulkultur leisten kann.“⁴⁶ Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist in der Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verankert; die Arbeit der Landeskoordination Berlin wird seit November 2002 aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefördert.⁴⁷

Die Förderung „regelmäßiger Aktivitäten“ für Demokratie, Gleichwertigkeit und Vielfalt an Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen gehört zu den zentralen Bausteinen und Zielen des Projekts. In diesem Zusammenhang wird das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ als ein zentrales Instrument gesehen, um das Engagement von Schüler/innen und Lehrer/innen zu stärken und das Handlungsfeld im Schulalltag nachhaltig zu verankern. Die RAA Berlin hat z.B. das OSZ Lotis (Oberstufenzentrum Logistik, Touristik, Immobilien, Steuern) und die Wilhelm-Ostwald-Schule (OSZ Farbtechnik und Raumgestaltung) auf dem Weg zum Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ begleitet und unterstützt. An der Oscar-Tietz-Schule (OSZ Handel II) sind demgegenüber zwei Versuche, den Titel zu erwerben, gescheitert, da die hierfür notwendige Anzahl an Unterschriften nicht gesammelt werden konnten; trotzdem hat allein der Prozess an der Schule einiges bewirkt.⁴⁸

⁴⁴ <http://www.schule-ohne-rassismus.org/das-projekt.html>.

⁴⁵ Um eine SOR-SMC-Schule zu werden, müssen Unterschriften von mindestens 70 Prozent aller Menschen, die an der Schule arbeiten, lehren und lernen gesammelt werden.

⁴⁶ Vgl. Roth et al. 2010, S. 19.

⁴⁷ Siehe hierzu <http://www.berlin.de/lb/intmig/sub/demokratie/handeln/schule/index.html>.

⁴⁸ Gespräch mit Lutz Sand von der Oscar-Tietz-Schule (OSZ Handel II) am 20.11.2010 im Haus Kreisau in Berlin-Kladow.

Gespräche mit Lehrern, eine Gruppendiskussionen mit Akteuren einer SOR-SMC-Gruppe und die Teilnahme an einem SOR-SMC-Teamtreffen im Rahmen des Projekttags an einem Oberstufenzentrum haben gezeigt, welche Bedeutung das Ziel und der Prozess, eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu werden, für das Selbstverständnis der Schule, die Verstetigung des Engagements von Lehrer/innen und Schüler/innen und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung hat. Der Ansatz von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist als Instrument der Demokratieförderung besonders geeignet, da es verschiedene Formen von Diskriminierung und demokratiegefährdenden Ideologien in der Einwanderungsgesellschaft in den Blick nimmt. Das Projekt bietet damit einen Erfahrungsraum, der Schüler/innen mit unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen, Merkmalen und Orientierungen zusammenführt. Das gemeinsame und übergreifende Ziel, sich für eine demokratische Schulkultur einzusetzen, die durch Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt geprägt ist, bietet den Raum für Begegnungen in heterogenen Gruppen, die selbst zum Abbau von Vorurteilen beitragen und einer Verfestigung gruppenbezogener Abwertungen entgegenwirken kann.⁴⁹

Die Rolle der RAA Berlin bzw. des Projekts „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ besteht in diesem Zusammenhang darin, den Aufbau interner und externer Unterstützungssysteme in den Oberstufenzentren zu fördern und die Akteure an der Schule auf diesem Weg zu begleiten und zu stärken (z.B. durch die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen und Seminartagen). In einer Dokumentation des Projekts wurden Verlauf und Ergebnisse des Prozesses in exemplarischer Weise beschrieben. Die Dokumentation bietet eine Reihe von Anregungen und benennt Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Übertragung auf andere Schulen.⁵⁰ Die aktivierende und unterstützende Rolle der RAA Berlin bzw. das persönliche Engagements des Projektleiters im Rahmen des Netzwerks von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird zwar von den Kooperationspartnern wertgeschätzt, trägt andererseits aber auch zu einer Schwächung des Profils des Projekts bei. Einigen Akteuren an den Schulen scheinen die Unterschiede zwischen der RAA Berlin und dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nicht klar zu sein oder zu verschwimmen. Hinzu kommt, dass der Anteil der RAA Berlin – wie auch anderer Kooperationspartner – in der Außendarstellung des Netzwerks kaum sichtbar wird.

9. Öffentliche Sichtbarkeit der Projektarbeit

Die öffentliche Sichtbarkeit ist ein wichtiger Indikator für die Bewertung der Projektarbeit. Die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus besitzt eine hohe gesellschaftliche Bedeutung, zu der, neben der konkreten zielgruppenspezifischen pädagogischen Arbeit, auch eine breite gesellschaftliche Signalwirkung gehört. Es geht daher nicht nur darum, dass Projekte eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeit im Sinne ihrer Ziele betreiben, sondern dass diese Arbeit in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen wird. Die Instrumente zur Präsentation von Zielen, Leistungen und Ergebnissen der Projektarbeit reichen von der eigenen Webseite über öffentliche Veranstaltungen

⁴⁹ Das konnte im Rahmen der Evaluation eindrucksvoll am Beispiel einer Projektgruppe „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an einem Oberstufenzentrum beobachtet werden, in der ein muslimischer Schüler türkischer Herkunft seine Abneigung gegenüber Schwulen und die vermeintliche Unvereinbarkeit dieser sexuellen Orientierung mit dem Islam in deutlichen Worten zum Ausdruck brachte, den offenen homosexuellen Schülervertreter aber ausdrücklich von dieser Kritik ausnahm. Die Kooperation auf Augenhöhe in einem heterogenen bietet auf längere Sicht, das zeigt inzwischen eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien, die beste Gelegenheit zur produktiven Bearbeitung von Vorurteilen (vgl. Pettigrew/Tropp 2011).

⁵⁰ Vgl. Meißner o.J.

gen, Pressemitteilungen, Rundbriefe, Flyer und Programmhefte bis hin zu Projekt- und Tätigkeitsberichten, Broschüren und Büchern.

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit Pluralismus“ hat unter dem Label „OSZ gegen rechts“ eine relativ hohe öffentliche Sichtbarkeit erlangt. Ein zentraler Indikator ist beispielsweise die ansprechend gestaltete und nutzerfreundliche Homepage des Projekts, die eine Vielzahl von Informationen und Materialien bietet:

- Die Angebote und Leistungen des Projekts sind an den Berliner Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen aufgrund einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit überwiegend bekannt (regelmäßiger Versand von Informationen und Einladungen zu Tagungen, jährliche Erstellung eines Programmheftes mit den aktuellen Bildungsangeboten).
- Die Expertise des Projekts kommt auch in einer vom Integrationsbeauftragten des Berliner Senats in Auftrag gegebenen und von der RAA Berlin in Zusammenarbeit mit dem Berliner Beratungsnetzwerk für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus herausgegebenen Broschüre „Handeln gegen Rechtsextremismus an Berliner Schulen“ (Dezember 2008) gut zum Ausdruck.
- Die ansprechend gestaltete und nutzerfreundliche Homepage bietet grundlegende Informationen zu den Zielen und Angeboten des Projekts (z.B. aktuelles Programmheft zum Download, Möglichkeit der Online-Anmeldung zu Fortbildungen und Workshops). Die Homepage trägt sehr zur öffentlichen Sichtbarkeit und zum Transfer von Ergebnissen der Projektarbeit bei.
- Eine Reihe von Materialien dokumentieren Ergebnisse der Projektarbeit; diese stehen auch auf der Homepage zum Download zur Verfügung (z.B. Vorträge, Dokumentationen der Projektarbeit). Bemerkenswert sind vor allem zwei Dokumentationen, in denen die Arbeitsergebnisse und Erfahrungen des Projekts in exemplarischer Weise aufgearbeitet haben und die einen hohen Transfemutzen bieten.⁵¹
- Von Nutzen für pädagogische Fachkräfte und Schülervertreter/innen sind auch die informativen und anwendungsorientierten Handreichungen des Projekts (z.B. zu Kennzeichen und Symbolen der rechtsextremen Szene, zum Rechtspopulismus, Hausordnungen gegen Rechtsextremismus an Oberstufenzentren, Handlungsmöglichkeiten und Rechten von Klassensprecher/innen und Schülervertreter/innen an berufsbildenden Schulen).
- Die Homepage des Projekts bietet zudem einen Zugang zu weiterführenden Materialien, Broschüren und Studien zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Zu den Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der öffentlichen Sichtbarkeit gehört eine klarere Trennung in der Darstellung zwischen Angeboten, Leistungen und Ergebnissen des Projekts sowie Materialien, die in anderen Kontexten entstanden sind. Die Arbeitsschwerpunkte bzw. Handlungsfelder „Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung“, „Für Vielfalt und Respekt in der beruflichen Bildung“ sowie „Audit für Wertschätzung und Beteiligung“ sollten sowohl konzeptionell als auch in der öffentlichen Darstellung stärker miteinander verzahnt werden. Der Stellenwert des Projekts für die Arbeitsschwerpunkte der RAA Berlin im Schnittfeld Bildung, Integration und Demokratie könnte zudem deutlicher aufgezeigt werden.

⁵¹ Siehe z.B. die Dokumentationen OSZ Lotus – Der Weg zu einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und Audit am OSZ – Möglichkeiten der Partizipation?!

10. Gesamteinschätzung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Projekts

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ der RAA Berlin gehört zu den wenigen Angeboten im Handlungsfeld Förderung von Demokratie und Vielfalt, Prävention von Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Vorurteile, die sich an Schüler/innen und Auszubildende an Berliner Oberstufenzentren und berufsbildende Schulen richtet. Die Größe der Einrichtungen, die Vielfalt der Bildungsgänge und die Heterogenität der Schülerschaft sowie die besonderen Rahmenbedingungen dieser Schulen für Bildungsprozesse und Partizipationserfahrungen der Schüler/innen stellen eine besondere Herausforderung für die betroffenen Schulen, aber auch für die Aktivitäten außerschulischer Akteure dar.

Die RAA Berlin hat mit dem Projekt „Rechtsextremismus an Berliner Oberstufenzentren“ bzw. „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ eine verlässliche und nachhaltige Unterstützungsstruktur für Berliner Oberstufenzentren und berufsbildende Schulen im Handlungsfeld Demokratieförderung geschaffen. Wissenschaftliche Studien belegen zudem, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen bei Berufsschüler/innen besonders stark verbreitet sind. Berufsbildende Schulen sind daher in besonderer Weise gefordert, sich mit dieser Herausforderung auseinanderzusetzen und geeignete Strategien der Prävention und Intervention zu entwickeln. Die Demokratieförderung in Berufsausbildung und Arbeitswelt gehört daher zu den Handlungsschwerpunkten in der Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verankert; auf die Angebote des Projekts wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich verwiesen.⁵²

Das Projekt „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ überzeugt in konzeptioneller Hinsicht zum einen dadurch, dass nicht nur rechtsextremistische Tendenzen, sondern auch andere Formen gruppenbezogener Vorurteile und diskriminierenden Verhaltens von jungen Menschen in den Blick genommen werden. Die besonderen Erfahrungen, Prägungen und Sichtweisen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden gezielt aufgegriffen, reflektiert und bearbeitet. Damit knüpft das Projekt auch an Empfehlungen aus der Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an. Bemerkenswert ist zudem die Vielfalt der Projektangebote, die von der Unterstützung einer aktiven Schülersvertretung über die Stärkung engagierter Pädagog/inn/en bis zum Aufbau unterstützender Netzwerke reichen.

Zu den Angeboten des Projekts gehören neben Fortbildungen, Seminaren und Vernetzungstreffen als klassischen Instrumenten der politischen Bildungsarbeit auch flexible Formen der Begleitung und Unterstützung von Projektgruppen und Initiativen an Berliner Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen. Kooperationsvereinbarungen mit ausgewählten Modelleinrichtungen bieten die Chance, die Wirksamkeit der Projektarbeit in den Einrichtungen durch eine bedarfsorientierte Zusammenarbeit und eine exemplarische Entwicklung von Konzepten zu erhöhen. Das Audit für Wertschätzung und Beteiligung, das im Rahmen des Projekts als ein Instrument der Qualitätsentwicklung von Schulen erprobt worden ist, vervollständigt diese Angebotspalette. Insgesamt ist hervorzuheben, dass das Projekt immer wieder neue Instrumente entwickelt hat, um demokratische Akteure zu stärken und eine Kultur des anerkennenden und wertschätzenden Umgangs mit Vielfalt in den Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen zu verankern.

⁵² Vgl. Die Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin 2008: 21.

Zu den Stärken des Projekts gehören auch die vielfältigen Kooperationsbeziehungen und Unterstützungsnetzwerke, die zur Qualität der Bildungsveranstaltungen, zur Stärkung engagierter Lehrer/innen und Schüler/innen und sowie zu einer demokratischen Schulkultur insbesondere in den kooperierenden Oberstufenzentren beigetragen haben. Als Kooperationspartner im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ hat das Projekt eine Reihe von Oberstufenzentren auf dem nicht immer einfachen Weg der Unterschriftensammlung und der Umsetzung der Selbstverpflichtungen begleitet und unterstützt. Die Förderung und Unterstützung von Projektgruppen und Initiativen hat sich in diesem Zusammen als ein Instrument bewährt, das Schüler/innen zu zentralen Akteuren einer demokratischen Schulentwicklung macht, die sich auf Anerkennung und Teilhabe stützt.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung war eine systematische Erhebung von Bedarfen an Oberstufenzentren und berufsbildenden Schulen nicht möglich. Die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung, die Gespräche mit Lehrer/innen und Schüler/innen sowie die breite Unterstützung für das Projekts im Frühjahr 2012 belegen aber, dass die Angebote und Dienstleistungen des Projekts nachgefragt und wertgeschätzt werden und dass eine breite Zustimmung für die Forderung nach einer Regelfinanzierung der Projektarbeit gibt. Die Ergebnisse der Evaluation deuten aber auch darauf hin, dass die Strategie einer inhaltlichen und methodischen Diversifizierung der Projektangebote richtig ist, wobei sich zunehmende Unterstützungsbedarfe vor allem in den Bereichen Förderung von Engagement und Beteiligung sowie interkulturelle Begegnung und Zusammenarbeit in (herkunfts-) heterogenen Teams zeigen.

Die Diversifizierung der Projektangebote stärkt den bedarfsorientierten Charakter des Projekts als externes Unterstützungssystem für Oberstufenzentren und berufsbildende Einrichtungen, erfordert künftig aber auch eine klarere inhaltliche Profilierung des Projekts und eine stärkere konzeptionelle Verzahnung der unterschiedlichen Arbeitsbereiche.

Zu den Empfehlungen der Evaluation gehört erstens, die Förderung einer demokratischen Kultur und eines wertschätzenden Umgangs mit Vielfalt in den Mittelpunkt zu stellen und dieses noch stärker mit Fragen der Qualitätsentwicklung von Schulen zu verknüpfen. Die spezifischen Kompetenzen des Projekts in Bezug auf die Prävention von Rechtsextremismus gilt es zu bewahren, aber sie sollten nur ein Element in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen darstellen.

Die Arbeitsbereiche „Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung“ und „Für Vielfalt und Respekt in der beruflichen Bildung“ sollten zudem künftig stärker miteinander verzahnt werden; eine Trennung von Angeboten nach „herkunftsdeutschen“ Jugendlichen (Rechtsextremismus) und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird der Komplexität einer Einwanderungsgesellschaft nicht mehr gerecht. Zum einen wirken rechtsextremistische Gruppen und Ideologien auch unter Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft, zum anderen sind die Ideologiesegmente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit keineswegs nur oder auch nur überwiegend ein Problem von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In Berlin haben wir es mit pluralen, herkunftsheterogenen und sozialräumlich ausdifferenzierten Milieus zu tun, die mit einfachen Kategorien wie Ausländer/Deutsche, Einheimische/Zugewanderte oder Menschen mit/ohne Migrationshintergrund nicht mehr angemessen beschrieben werden können. In Zukunft wird es darauf ankommen, die Vielfalt demokratiefeindlicher Ideologien, gruppenbezogener Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen mit ihren unterschiedlichen historischen und kulturellen Bezügen und Kontexten zu reflektieren, um damit die Voraussetzungen für eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders zu schaffen.

Die Projekte „Oberstufenzentren gegen Rechtsextremismus“ und „Berufsbildende Träger und Schulen für Demokratie, Gleichwertigkeit und Pluralismus“ der RAA Berlin haben sich in den vergangenen Jahren eine relativ hohe öffentliche Sichtbarkeit erarbeitet. Die Erweiterung des Projektansatzes und die Diversifizierung der Angebote haben allerdings das Profil des Gesamtprojekts geschwächt, da dieses seinen Zielgruppen und Kooperationspartnern in sehr unterschiedlichen Rollen und Zusammenhängen gegenübertritt. Diese reichen von der Prävention von Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Vorurteile und diskriminierender Verhaltensweisen über die Stärkung von aktiven Schülervertretungen und einer demokratischen Schulentwicklung bis hin zur Unterstützung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. In Zukunft sollte die Brücken zwischen den einzelnen Bereichen und Handlungsfeldern als verbindende Elemente eines übergreifenden Konzepts stärker sichtbar gemacht werden.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung/RAA Berlin – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (Hrsg.) 2008: „Ey, du Opfer...?“ Von Ungleichwertigkeit zu Gleichwertigkeit. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung

Bacher, Johann 2001: In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? Ergebnisse einer Befragung bei BerufsschülerInnen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53, S. 334-349

Berliner Landeskonzepktion 2008: Demokratie. Vielfalt. Respekt. Die Berliner Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: Der Beauftragte des Senats für Migration und Integration. Internet: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/demokratie-vielfalt-respekt/landeskonzepktion>

Decker, Oliver/Brähler, Elmar 2008: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter 2001: Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK. Bonn: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung

Eikel, Angelika 2007: Demokratische Partizipation in der Schule. In: Angelika Eikel/Gerhard de Haan (Hrsg.): Demokratische Partizipation in der Schule. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 7-39

Eikel, Angelika/Diemer, Tobias 2006: Schüler/-innenvertretung. Demokratie-Baustein Schüler/-innenvertretung. BLK-Programm „Demokratie lernen & leben. Internet: <http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/download/materialien/db/schuelerververtretung.pdf>

Eikel, Angelika/Wenzel, Sascha 2007: Das Demokratie-Audit. Konzept und Verfahren. In: Gerhard de Haan/Wolfgang Edelstein/Angelika Eikel, Angelika (Hrsg.): Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik. Demokratische Handlungskompetenz fördern, Schulqualität entwickeln. Weinheim: Beltz

Eltze, Wiebke/Meißner, Kerstin 2011: Audit am OSZ – Möglichkeiten der Partizipation?!. Dokumentation. Berlin

Fuchs; Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf 2003: Querschläger. Jugendlichen zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske + Budrich

Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta/Weber, Thomas/Roth, Roland 2011: Abschlussbericht zur Umsetzung eines Qualitätsdialogs im Rahmen des Berliner Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus für Demokratieentwicklung. Berlin

Glaser, Michaela/Schuster, Silke 2007: Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle: Deutsches Jugendinstitut

- Hammerbacher, Michael 2009: Bedingungen einer erfolgreichen Kooperation zwischen institutionellen Bildungsträgern und externen Anbietern im Themenfeld Vielfalt, Zivilität und Integration. Berlin: Unveröffentlichtes Manuskript
- Hammerbacher, Michael 2010: Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen. Anregungen für die Entwicklung eines Gesamtkonzepts. In: Pädagogik, 2, S. 22-25
- Hammerbacher, Michael 2011: Ein Vergleich von Theorie und Praxis – Projektmanagement bei Projekten zur Prävention von Rechtspopulismus für Einrichtungen der beruflichen Bildung. Arbeit im Rahmen der Fortbildung „Leistungs- und Prozessorganisation in sozialen Organisationen“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin vom 17.12.2010 – 27.8.2011
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena 2007: Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin. Berliner Forum Gewaltprävention, 30. Berlin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt.
- Meißner, Kerstin/Hammerbacher, Michael 2010 [mit Unterstützung von Merve Kerpenick, Susanne Reckwell und Jörg Zimmermann]: OSZ Lotis – Der Weg zu einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Dokumentation
- Merkens, Hans/Steiner, Imgard/Wenzke, Gerhard 1998: Lebensstile Berliner Jugendliche 1997. Berlin: Zentrum für Europäische Bildungsforschung
- Mirbach, Thomas/Schobert, Bertold 2011: Evaluation des ESF-Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt – Kurzfassung der Zwischenbilanz“. Hamburg/Köln/Kerpen: Lawaetz-Stiftung/Univation/Wirtschafts- und Sozialforschung
- Nattke, Michael 2009: Rechtsextreme Einstellungen von BerufsschülerInnen. Eine empirische Untersuchung. Dresden: Heinrich Böll Stiftung Sachsen
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. (Hrsg.): When groups meet. The dynamics of intergroup contact. New York/Hove; Psychology Press
- RAA Berlin (Hrsg.) 2008: Das Auditverfahren im Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“. Berlin
- Rieker, Peter 2009: Rechtsextremismus: Prävention und Intervention, Weinheim/München: Juventa
- Roth, Roland/Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta 2010: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration
- Schröder, Klaus 2004: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich. Paderborn: Schöningh
- Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. 2003: Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2011: Gute Schule – die Online-Kartei. 2. Auflage. Berlin. Internet: http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/schulqualitaet/gute_schule/gute_schule.pdf?start&ts=1323166972&file=gute_schule.pdf
- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar 2008: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin-Brandenburg 2008–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Berlin
- Wenzel, Sascha 2008: Demokratie lernen und leben – das Gleichwertigkeitsaudit. In: Andreas Klärner u.a. (Hrsg.): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.